

2 Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3570

Ausschussprotokoll 17/435

in Verbindung mit

Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

40. Sitzung (öffentlich)

23. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

15:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2994	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/3601	

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3200

Ausschussprotokoll 17/400

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

2 Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3570

Ausschussprotokoll 17/435

in Verbindung mit

Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

3 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3015

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/3015 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4115

in Verbindung mit

Straßenausbaubeiträge nach dem KAG

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1177

Der Ausschuss kommt überein, die Modalitäten der von der SPD-Fraktion beantragten Anhörung in einer Obleuterunde zu klären.

5 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

6 Bürokratieabbau bei Mieterstromprojekten vorantreiben 16

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3797

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

7 Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3811

sowie

Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4104

in Verbindung mit

Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4117

in Verbindung mit

Neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4118

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

- 8 Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze** 18
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4097
- in Verbindung mit
- Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG-Durchführungsverordnung – UVGDVO)**
- Vorlage 17/1364
- Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.
- 9 Hambacher Wald – Wer kommt für die Kosten für die Räumung und Zerstörung der Baumhäuser auf?** 19
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1329
- in Verbindung mit
- Räumung der Baumsiedlung „Black Socks“ im Hambacher Wald am 2. Oktober 2018**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1351
- in Verbindung mit
- Hambacher Forst – Was hat sich geändert?**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1328
- 10 Essen: Grüne Hauptstadt Europas 2017 – Evaluation und weitere Handlungsoptionen des Landes NRW** 42
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1424

11	Gutachten Evaluierung der Kostenpauschale nach dem FlüAG	50
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1357	
12	Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr	52
	Ausschussprotokoll 17/371	
13	Verschiedenes	60

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Vorsitzender Hans-Willi Körfges** mit, man werde die Arbeitssitzung um 15:00 Uhr nach der Anhörung mit dem bisherigen Tagesordnungspunkt 10 „Essen: Grüne Hauptstadt Europas 2017 – Evaluation und weitere Handlungsoptionen des Landes NRW“ fortsetzen. Ab diesem Zeitpunkt reiche vereinbarungsgemäß Fraktionsstärke aus.

Darüber hinaus teilt er mit, der bisherige Tagesordnungspunkt 3 „Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen“ sei bereits gestern vom federführenden Innenausschuss abschließend beraten worden und könne deshalb heute entfallen.

Henning Höne (FDP) regt an, die Tagesordnungspunkte 1 „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ und 2 „Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFVG NRW)“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben, da die Koalitionsfraktionen derzeit noch weiteren Änderungsbedarf prüften.

Außerdem regt er mit Blick auf den Änderungsantrag Drucksache 17/4305 zum Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes an, diesen bei der Anhörung am 15. Februar 2019 ebenfalls zu berücksichtigen. Da es dabei um die Stichwahl gehe, könnten die Obleute sich zeitnah auf die gegebenenfalls zu ändernde Anzahl der Sachverständigen verständigen.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges erwidert, in Bezug auf die Anzuhörenden Sachverständigen gebe es mit Blick auf rechtliche und formale Probleme möglicherweise weitere Wünsche, sodass man dies in einer Obleuterunde klären könne.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) betont, wenn man die Tagesordnungspunkte 1 und 2 wie von Henning Höne gewünscht schiebe, müsse es eine dritte Lesung im Plenum geben.

Stefan Kämmerling (SPD) erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Verfahren zur Stichwahl einverstanden.

Aufgrund der vernünftigen Ansprache vor Beginn der Sitzung durch die Koalitionsfraktionen erklärt er sich zudem mit dem Schieben der Tagesordnungspunkte 1 und 2 einverstanden.

Allerdings hätten die Kommunen mit Blick auf Tagesordnungspunkt 1 in der Anhörung auf Zeitprobleme bei der Umsetzung hingewiesen, sodass es ein weiteres Verschieben für die Kommunen nicht einfacher mache.

Selbstverständlich könne man auch wie in der Obleuterunde vorbesprochen im zweiten Teil der Arbeitssitzung in Fraktionsstärke abstimmen, sofern keine neuen Anträge gestellt würden.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges erwidert Mehrdad Mostofizadeh, selbstverständlich lägen die Änderungsanträge zur zweiten Lesung vor, und es werde eine dritte Lesung geben, bei der man die Aussprache im Plenum durchführen könne.